

Jedal wöch. Bezugspreis für August 2.00 M einschl. Postporto. Einzelpreise: Die 1. Gepl. Zeitung 20 M. Zeitungsfreie 20 M. Die Zeitungskommission 20 M. Postmeier breit, 1 M. Öffertengeschenk für Selbstabholer 20 M. bei Übertragung durch die Post außerdem Portaufschlag. Einzel-Nr. 10 M. Sonnags-Nr. 15 M. Geschäftlicher Teil: J. Hillebrand in Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Sonnabend, 21. August 1926

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Einzelmaufträgen u. Leistung v. Schadenerfolg. Für undeutl. u. d. Fernzuf. übermittl. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unterlongt eingefandene u. m. Rückporto nicht verlehrte Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2—8 Uhr nachmittags. Hauptchristlieft: Dr. Joseph Albert, Dresden

Verleihstellen, Druck und Verlag: Sonnen-
zettelkarte, 1. Auflage, Dresden, 1. Auflage 17.
Vertrieb: 1926, Sonnenblume Dresden 1470.
Postamt: Dresdner Bank, Dresden

Redaktion der Sachsischen Volkszeitung
Dresden, Ammendorf 1, Völkerstrasse 11, Tel. 2012.

Streiksfrieden oder Waffenstillstand?

Von unserem Londoner K. S. Vertreter.

London, den 19. August 1926.

Seit mehreren Tagen ist der Streik der Bergarbeiter, mit den Unternehmern in Verhandlungen zu treten, erwartet worden. Die Streikkasse ist leer, schon hatten sich die Arbeiter an die Deftlichkeit gewandt mit der Bitte, für sie zu sammeln. Aber diese Bitte hätte wohl kaum einen nennenswerten Erfolg gehabt; denn das Publikum hat kein Verständnis mehr für die Dinge, um die es den Arbeitern geht: Siebenstundentag und Nationalsozialist. Als der Streik begann, war das anders. Die Arbeiter hatten die Sympathie des Volkes bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein für sich. Aber durch die lange Dauer ist das Ungünstigste eingetreten, was den Streikenden geschehen konnte. Man fühlt den Streik nicht mehr. Mit Ausnahme von wenigen Zügen geht der Verkehr seinen gewohnten Gang, die Industrie arbeitet mit fremdländischer Kohle. Die Arbeitslosigkeit war aber auch schon vor dem Streik sehr groß. Ihre Zunahme durch den Streik macht sich daher nicht so nachvollbar, wie man es nach den Ziffern der Statistik denkt sollte.

Die Beendigung des Streikes, den die Bergarbeiter des ganzen Erdalls „als ihre Sache“ ansahen (wenn sie sie auch freilich nicht durch Sympathiestreik, sondern nur durch Geldsammlungen unterstützten), wird besonders starken Widerhall erwecken. Das dürfte ganz besonders vor Russland der Fall sein. Es laufen hier Gerüchte um, wonach Delegierte der Komintern den Wunsch ausgesprochen haben, sich mit Delegierten der Wernerarbeiter irgendwo auf dem Kontinent zu treffen. Wird Stockholm, Berlin oder Paris der Platz für diese Konferenz sein? Möglich, daß die Moskauer noch einmal eine Geldunterstützung anbieten, aber recht unwahrscheinlich ist es, daß die Engländer sie annehmen, um den Streik fortzuführen. Denn daß man in dieser Kampagne die Unternehmer zwingen könnte, die Bedingungen der Arbeiter ohne Unterhandlungen anzunehmen, glaubt doch niemand. Nach einem Monat wäre man ebenso weit und hätte beträchtliche Kriegskosten nutzlos verschwendet. Dahingegen ist es möglich, daß Engländer und Moskauer den künftigen Angriff, der nicht ausbleiben wird, schon jetzt planen und besprechen. Denn doch geht nur ein provisorischer Pakt zwischen Arbeitern und Unternehmern zustande kommen, darüber ist man sich hier klar. Sollte der Frieden dauerhaft sein, so müßte die Regierung in einem Kohlenwirtschaftsplan hervortreten, der nicht weit von der Nationalisierung oder Sozialisierung entfernt wäre. Es ist wenig wahrscheinlich, daß ein solcher Plan dem Schock des Kabinetts Baldwin entsprechen werde. Man wird die Verantwortung dafür wahrscheinlich dem kommenden Kabinett überlassen. Dies aber zeichnet sich immer mehr als ein liberal-sozialistisches Koalitionskabinett aus, falls nicht — aller Wahrscheinlichkeit wider — die nächsten Wahlen eine entscheidende und aus sich selbst regierungsfähige Mehrheit der Arbeiterparteien bringen sollten.

Man ist überzeugt, daß spätestens im Frühjahr 1927 Neuwahlen stattfinden werden, und es hat viel für sich, daß gerade die Kohlenwirtschaftsfrage das Motiv zur Auflösung des Parlaments werden kann. Für die konserватiven Partei wird diese Frage, deren Lösung eben nur eine „sozialistische“ sein kann, eine unlösbarkeit vorstellen. Die konserватiven Partei hat eben keine revolutionären Geister mehr, wie sie einstmal in Tschauder und Randolph Churchill (dem Vater des gegenwärtigen Finanzministers Winston Churchill) besessen hat. Dagegen wäre es wohl denkbar, daß Lloyd George, eingeschlagen seiner reformatorischen Vergangenheit, die vor revolutionären Rücksichten nicht zurückschreibt, noch einmal eine große Sache riskierte: Die Umgestaltung der Kohlenwirtschaft, die ja auch von tiefstem Einfluß auf die Industrie sein wird, im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Landwirtschaft. Bekanntlich geht es der englischen Landwirtschaft nicht gut; es wird weniger Land angebaut als vor dem Kriege, und dieses Land tritt weniger, trotzdem die Getreidepreise jetzt wieder ebenso hoch wie vor dem Kriege sind. Lloyd George will Arbeitslose auf dem Lande ansiedeln, und zu diesen Arbeitslosen werden nach der Reform der Kohlenwirtschaft auch viele Bergleute gehören. Es müssen nämlich die ertraglosen Gruben stillgelegt werden, es gibt deren eine ganze Anzahl, und sie sind ertraglos auch dann, wenn sie noch Kohlen enthalten. Denn man muß Geldmittel hineinstechen, die sich nie rentieren können. Man kann eine Kohlengrube nicht ausleeren wie einen Kartoffelkeller. Die technische Ausräumung ist abhängig von der Rentabilität. Die freiwerdenden

Wo hinaus will Mussolini?

Mussolinis Plan zur Neubildung des Völkerbundsrates

Von unserem außenpolitischen K. S.-Mitarbeiter

Rom, den 18. August 1926.

Mit großer Sorge sehen die Diplomaten der europäischen Staaten auf die kommende Beratung der Studienkommission und den Völkerbundesversammlung in Genf hin. Neben die Haltung Spaniens ist bis jetzt nichts Politisches in Erziehung zu bringen, und auch die Haltung Frankreichs, das sowohl Spanien unterstützt, als auch neuerdings eine große Pressekampagne zugunsten eines Stoss für Polen macht, ist sehr zweifelhaft. Man hat die Ueberzeugung, daß diese Propaganda zugunsten Polens ähnlich inspiriert ist und daß Spanien nur Vorpolen ihr Interesse leistet, um Polens Wünsche durchzudrehen.

Man tritt aber noch ein dritter Großteil möglich in Aktion, nämlich Italien. — Spanien hofft sowohl auf der außerordentlichen Völkerbundesversammlung im Mai wie auch gelegentlich der Kommissionstagung im Mai wiederum erhöhen lassen, daß es sich der Errichtung eines ständigen Rates für Deutschland nicht widersetzen will. Es liegen auch Deutliches anzusehen dafür, daß die Haltung Spaniens sich geändert hat, und daß Spanien etwa jetzt seine Zustimmung zum deutschen Ratifikation von der Erfüllung seiner eigenen Wünsche abhängig machen will, wie es seinerzeit leider Brasilien getan hat. Wenn nun Spanien ein Wiederzuholen des Zeuges der Ratsfähigkeit gewünscht ist, so kann eigentlich diese Zeuge den deutschen Ratsfähigkeit nicht gefährden, das heißt, wenn die übrigen Großmächte feststehen, daß es zunächst einmal für den Beitritt Deutschlands möglich ist, wie es tatsächlich am 1. September 1926 für Spanien und für die übrigen Großmächte feststehen wird.

Außerdem steht die englische Presse nicht mehr so sehr, daß die Regierung energisch gedrängt wird, festzuhalten, und ein Teil der englischen Presse geht sogar so weit, von der Regierung zu fordern, lieber Spanien ganz fallen zu lassen, was an und für sich ja auch bedauert wird, als Deutschland Einführung zu lassen. Denn eine nochmäßige Verschiebung der Aufnahme würde sowohl für den Völkerbund, als auch für die Großmächte und auch für Deutschland unerträglich sein und es würde dann der Völkerbund in einer ernsthaften Krise eintreten, deren Ende vorläufig noch nicht absehbar wäre, die aber aller Wahrscheinlichkeit nach den Zerfall des ganzen, mühsam zusammengeschafften Völkerbundes noch ziehen würde.

Man nimmt die Krise durch das Eintreten Frankreichs für Polen eine ganz neue Wendung. Dazu kommt noch, daß der Spanier die Anspruch auf einen ständigen Ratsfähigkeit der italienischen Unterstützung nach dem italienisch-spanischen Freundschaftsvertrag sicher ist.

Mussolini hat seinerzeit behauptet, für den Völkerbundrat einen Plan aufgestellt, der dahin lautete: Sieben ständige Mitglieder, nämlich England, Frankreich, Italien, Japan, Deutschland, Spanien und Brasilien, ferner oder sechs nichtständige Mitglieder, nämlich Belgien, Holland, Rumänien, Polen und China und wahrscheinlich Argentinien und ein anderer südamerikanischer Staat. Dieser Plan bedeutet eine Erweiterung des Rates, eine Erhöhung der ständigen Ratsfähigkeit um die bisher abgelehnten Fälle Spaniens und Brasiliens.

Da nach zuverlässigen Meldungen aus dem Völkerbundessekretariat die Studienkommission, die am 20. August wieder zusammentritt, sich an keine früheren Beschlüsse gebunden zu führen braucht, und die Ratsfähigkeitsfrage von neuem vollständig aufgestellt wird, so kann man natürlich Gefahr, daß dieser Plan Mussolini auch von neuem aufschlägt. Ob es dann möglich ist, die Resolutionen der Studienkommission so zu beschließen, daß zum 1. September, wenn der Völkerbund wieder zusammentrefft, die Ratsfähigkeitsfrage völlig geklärt ist, scheint noch sehr fraglich.

Über die Verteilung, die die Lage der geforderten Ratsfähigkeit für Spanien und Polen gegenüber in Genf, Paris und London findet, geben die folgenden Meldungen ein Bild:

Graf, 20. August. Die glatte und reibungslose Aufnahme Deutschlands wird hier für so sicher gehalten, daß man sie in dem preußischen Programm der Tagesordnung der ersten

Vergleiche werden auf dem Lande untergebracht werden müssen. Lloyd George hat einen großen Plan innerer Siedlung entworfen; Umwandlung großer Teile des Luxuslandes (Park- und Jagdgründe) in Nutzland; Umwandlung der Privatpächter in Staatspächter; Überwachung der Pächter in ihrer Wirtschaft und „Abmeierung“ unfähiger und fauler Landwirte. Wenn dieser Plan auch nicht in allen Stücken den Ansichten der Arbeiterpartei entspricht, würde Lloyd George dennoch sicher ihre Unterstützung dafür gewinnen. Wie Poincaré wieder in Frankreich aufgetaucht ist, so könnte der alte Lloyd George auch in England noch einmal wiederkommen, nicht durch die Abstimmungen, sondern im Gegenteil als reformbegeisteter Arbeiterfreund. Man mag den Mann aus Wales mit Recht als einen unsicheren Kantonisten betrachten, ihm häufigen politischen Glaubenswechsel, eine beunruhigende Wandelsbarkeit vorwerfen — er ist doch heute unbestreitbar der lebendigste englische Staatsmann, und das sichert ihm noch eine Rolle, unabhängig von der vermördenden und erstarrenden liberalen Partei

Die britische Völkerbundsdelegation

London, 20. August. (Drahö.)

Die britische Delegation für die bevorstehende Völkerbundtagung wird wieder unter Führung des Außenministers Sir Austen Chamberlain stehen. Der Außenminister wird von den Mitgliedern der Völkerbundabteilung des englischen Auswärtigen Amtes und von seinem Privatsekretär begleitet sein. Lord Cecil wird London voransichtlich am 28. August verlassen, um sich als Präsident an den Arbeitern des Verfassungsausschusses zu beteiligen. Die Mehrzahl der übrigen Delegationen wird London am 31. August verlassen.

Borlänge Ruhe in Tanger

Paris, 20. August. (Drahö.)

Wie aus Tanger gemeldet wird, hat der Vertreter des Staates von Marocco, der sogenannte Wadiab, die einschläglichen Marokkaner zusammengezogen, um mit ihrer Unterstützung die geplante Demonstration gegen die Polizei und die Frauengesetzgebung zu verhindern. Die Zugänge zur Stadt werden bewacht, und nur mit Ausweisen versiegte Kaufleute können zur Stadt gelangen. Der vorherige Tag ist ruhig verlaufen.

Die unglückliche Rolle Chrhardis

Die volksparteiliche „Kölnische Zeitung“ wendet sich in schärfer Weise gegen die Bestrebungen des Kapitäns Chrhardi, eine Einheitsfront von der Deutschen Volkspartei bis zu den Deutschösterreichen zu bilden. Das Blatt schreibt: Eine solche Einheitsfront wäre durchaus erwünscht und zu erreichen, wenn Deutschnationale und Deutschösterreicher ihre bisherige unfruchtbare Opposition dem Staate als solchen gegenüber zuwidern würden. Dafür bestehen aber bisher keinerlei Anzeichen, und es ist deshalb eine sonderbare Zumindest, daß die Deutsche Volkspartei ihre bisherige Zusammenarbeit mit anderen bürgerlichen Parteien in der Regierung aufzugeben und sich zum höheren Nutzen der rechts von ihr stehenden Oppositionsparteien dienten aufzulösen sei. Der Gaulatz des Kapp-Putsches ist noch immer nicht ein Paulus des bestehenden Staates geworden. Die „Kölnische Zeitung“ weist ferner darauf hin, daß es besser gewesen wäre, wenn Kapitän Chrhardi statt als Führer aufzutreten, sich auf seine unglückliche Rolle im Kapp-Putsch, im Prozeß gegen die Prinzessin Hohenlohe und auf das gegen ihn anhängige demokratische Meinungsverfahren beladen hätte.“